



Verleger auf dem Holzweg - Journalismus ohne Journalisten?

Es hört nicht auf. Erneut werden bundesweit massiv Stellen in den Verlagen unter dem Deckmantel neuer Strukturen abgebaut. Es scheint, als sei den Verlegern eine Selbstverständlichkeit entfallen: Es kann keinen Journalismus ohne Journalistinnen und Journalisten geben, schon gar keinen guten. Mit der Strategie, die Kosten für publizistische Inhalte bei denjenigen einzusparen, die diese verfassen, sind sie auf dem Holzweg. So riskieren sie, dass ihre Produkte grundsätzlich und langfristig entwertet werden.

Gerade in Zeiten der Digitalisierung, in der immer schneller werdenden Welt der Nachrichten, von Twitter, Facebook und Co. benötigen wir fundierte Berichterstattung. Aber wie sollen die Journalistinnen und Journalisten noch gründlich arbeiten, wenn immer mehr von ihnen in die Arbeitslosigkeit geschickt werden und die verbleibenden gleichzeitig mehr Verbreitungswege beliefern müssen? Denn eins ist klar: Wenn die Verlage im digitalen Zeitalter Qualitätsjournalismus liefern wollen, müssen sie die ausreichende personelle Ausstattung der Redaktionen dafür erhalten bzw. schaffen. Ansonsten laufen sie Gefahr, dass sich die Qualität ihrer publizistischen Produkte verschlechtert. Das kann weder im Interesse der Verlage noch im Interesse der demokratischen Öffentlichkeit sein. Ihr wirtschaftlicher Erfolg basiert auch auf ihrer Leistung für die pluralistische Meinungsbildung – das sollten sie nicht vergessen.

Reiner Hoffmann

Themen:

DGB: AV-Dienstleistungen bei TTIP ausnehmen	2
Medien-Bündnis kritisiert neues Sexualstrafrecht	2
Digitalisierungsbericht	3
DLR Hörfunkrat	4
ROG: Islamvertreter gegen Gewalt	5
Schweiz: Kommission für Stiftung Medienförderung	6
WDR: Freie besorgt über Sparkurs	7
Ukraine-Berichterstattung	9
ZDF-Personalrat zu Stellenabbau	10
ZDF-Fernsehrat künftig öffentlich	11
ver.di kritisiert DuMont	12
Nürnberger Nachrichten: Onliner aus Tarif	13
Echo: Belegschaft halbieren	13
Politico bald in Deutschland	14
Onlinebericht	15
Youtube-Nutzung	16
Matthöfer-Journalistenpreis	16
Medienlink	16
Veranstaltungen	17
Impressum	19



TTIP: Audiovisuelle Dienstleistungen ausnehmen

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie wollen, dass audiovisuelle Dienstleistungen dauerhaft vom Anwendungsbereich des Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA ausgeschlossen werden. Sie legten Mitte September ein gemeinsames Positionspapier zum Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) vor. Die Mitgliedstaaten der EU müssten darüber hinaus das Recht haben, die öffentliche Kultur- und Medienförderung vollständig zu erhalten, heißt es darin. Auch sprachen sich DGB und Bundeswirtschaftsministerium für einen Positivkatalog aus. Dieser Ansatz würde gegenüber dem bisherigen Ansatz der Negativlisten ausschließen, dass alle Bereiche liberalisiert werden können, die nicht explizit aufgelistet sind. Die zu erstellende Verpflichtungsliste im Dienstleistungsbereich müsse zusammen mit betroffenen Kreisen, einschließlich der Gewerkschaften diskutiert und erstellt werden. Zudem solle das Abkommen eine Klausel enthalten, die eine Korrektur von unerwünschten Fehlentwicklungen ermögliche.

Das Positionspapier als PDF:
<http://www.dgb.de/-/70W>

Bündnis: Sexualstrafrecht schränkt Bildberichterstattung ein

Das vom Bundeskabinett Mitte September 2014 in Berlin beschlossene Gesetz zur Verschärfung des Sexualstrafrechts schießt über sein legitimes Ansinnen hinaus, erklärt ein Bündnis aus acht Medienverbänden und -unternehmen. Es schränke die Arbeit der Bildjournalistinnen und -journalisten und damit die Presse- und Rundfunkfreiheit auf unverträgliche Weise ein. Das Bündnis forderte deshalb die Abgeordneten des Deutschen Bundestags auf, im Gesetzgebungsverfahren die für Bildjournalisten notwendige Präzisierung vorzunehmen.

Das Gesetz stellt über die bisherigen Strafbarkeitsregelungen hinaus Bilder unter Strafe, die geeignet sind, „dem Ansehen der abgebildeten Person erheblich zu schaden“. Als Strafmaß sind bis zu zwei Jahre Haft vorgesehen. Sprecher des Medienbündnisses kritisierten die „unpräzise Regelung und die fehlende Auseinandersetzung mit den bisher für Medien geltenden Regelungen“. Schon bisher sei die Verbreitung von Fotos, die berechnete Interessen der abgebildeten Person verletzen, strafbar. Darüber hinaus bestehe keine Notwendigkeit, die

Arbeit der Medien einzuschränken, so die beteiligten Verbände und Unternehmen. Bereits heute gäben zahlreiche von Prominenten angestregte Gerichtsverfahren gegen die Veröffentlichung von Fotos in den Medien einen Vorgeschmack auf die zu erwartenden Rechtsstreitigkeiten, wenn das Gesetz in der vorliegenden Form vom Bundestag verabschiedet werde. Es könne nicht Aufgabe der Bildjournalisten und ihrer Redaktionen sein, zur Vermeidung möglicher Rechtsstreitigkeiten ihre Arbeit mit juristischen Kommentaren unter dem Arm zu verrichten.

Das Bündnis haben geschlossen: die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (DJU), der Deutsche Journalisten-Verband (DJV), , der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV), der Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ), der Deutsche Presserat und der Verband Privater Rundfunk- und Telemedien (VPRT) sowie ARD und ZDF.



Digitalisierungsbericht 2014

Immer noch 93,5 Prozent aller deutschen Haushalte empfangen Radiosender mehrheitlich analog. Und immer noch 16,2 Prozent aller Haushalte mit Fernsehnutzung empfangen ihr TV-Programm ebenfalls nur analog. 83,8 Prozent nutzen nur noch digitale Übertragung und 5,6 Prozent beide Möglichkeiten. Dies sind einige Ergebnisse des aktuellen Digitalisierungsberichtes der Medienanstalten unter dem Titel „Alles fließt! Neue Formen und alte Muster“. Er bietet Zahlen und Fakten zur Empfangssituation von Fernsehen und Radio sowie der Nutzung der digitalen Endgeräte und Dienste. Er zeigt auch, dass die Zahl der ConnectedTVs in den Wohnzimmern steigt. Der Second Screen wird teilweise bereits zum First Screen und für die Jugend verliert das TV-Gerät zugunsten von Smartphone und Tablet an Bedeutung. Darüber hinaus analysiert der Digitalisierungsbericht auch in diesem Jahr wieder aktuelle Themen der Fernsehwelt. Er befasst sich mit der drohenden „Cable-ization of the Internet“ und den Konsequenzen für Netzneutralität und Medienvielfalt. Auch die Strukturen sowie Funktionen der auf YouTube agierenden Multi-Channel-Networks werden beschrieben und mit den TV-Sendern der klassischen Fernsehwelt verglichen.

Digitalisierungsbericht:

[Download PDF \(3 MB\)](#)

Daten und Fakten:

[Download PDF](#)

DLR-Hörfunkrat tagte erstmals öffentlich

Der Hörfunkrat von Deutschlandradio hat Mitte September zum ersten Mal öffentlich getagt und wird dies auch in Zukunft tun. Das 40 Mitglieder umfassende Gremium nahm einen entsprechenden Vorschlag zur Änderung der Geschäftsordnung einstimmig an. Auf Antrag des Hörfunkrates hatte der Verwaltungsrat des Senders mit einer Satzungsänderung am 18. Juni 2014 die Voraussetzungen dafür geschaffen, teilte der Hörfunkrat mit. Frank Schildt, Vorsitzender des Hörfunkrates: „Die neue Öffentlichkeit unserer Sitzungen sendet ein wichtiges Signal. Beitragszahlerinnen und Beitragszahler haben ein Recht darauf zu erfahren, wie die öffentlich-rechtlichen Sender mit den zur Verfügung stehenden Mitteln umgehen. Das gilt auch für Deutschlandradio, dem für seine drei Programme 46 Cent des Gebührenaufkommens zur Verfügung stehen.“

Das öffentliche Interesse an der Sitzung bestätigte den eingeschlagenen Weg hin zu mehr Transparenz. Zusammen mit Deutschlandradio-Intendant Dr. Willi Steul hatte Schildt schon vor der Sitzung das Gespräch mit Unterzeichnern einer Petition gesucht, die auf eine Wiederaufnahme der nächtlichen Call-In-Sendung „2254“ abzielte. Cirka 3200 Menschen hatten diese unterschrieben. Sie monierten, mit der Einstellung der Sendung werde den Hörerinnen und Hörern ein wichtiges Forum der Meinungsäußerung genommen. Besonders die, die keinen oder nur unzureichenden Zugang zu digitalen Medien hätten, verlören die Möglichkeit, sich an öffentlich wahrnehmbaren Diskussionen zu beteiligen. „Wir nehmen das Anliegen der Petenten ernst und begrüßen das Engagement für die konkrete Sendung. Hörfunkrat und Programmausschuss haben sich intensiv und gewissenhaft damit auseinandergesetzt“, sagte Frank Schildt. Fest stehe: „Die Veränderungen im Programm bei Deutschlandradio Kultur werden von den Mitgliedern des Hörfunkrates unterstützt und mitgetragen. Sie werden zur weiteren Profilierung von Deutschlandradio Kultur beitragen.“ Inhalte und Sendeschema seien jedoch nichts Statisches. Es gebe bereits heute eine Vielzahl von Sendungen mit Hörerbeteiligung. Der Hörfunkrat werde sich in seinem Programmausschuss im Dezember mit der Frage beschäftigen, ob und wie diese partizipativen Elemente noch weiter in den Programmen von Deutschlandradio gestärkt werden können.

Die Qualität des neuen Angebots von Deutschlandradio Kultur wie auch der beiden anderen Programme bewertete der Hörfunkrat insgesamt sehr positiv. Der Programmausschuss hatte sich bereits am Vorabend ausführlich mit der Berichterstattung über den Krieg zwischen Russland und der Ukraine befasst. Dabei stellte er sich ausdrücklich hinter die Arbeit von Korrespondenten und

Redaktionen und würdigte die anspruchsvolle Berichterstattung aus der Krisenregion.

Zusätzlich will der Hörfunkrat einen nichtständigen Ausschuss „Unternehmensentwicklung von Deutschlandradio“ einsetzen, der sich neben den Entwicklungen beim Deutschlandradio auch mit den aktuellen medienpolitischen Themen, die das Deutschlandradio betreffen, befassen wird.



ROG-Aufruf: Islam-Vertreter verurteilen Gewalt gegen Journalisten

Angesichts der Gewalttaten des „Islamischen Staats“ (IS) im Irak und in Syrien haben sieben islamische Organisationen aus aller Welt einen Aufruf von Reporter ohne Grenzen (ROG) gegen die Kriegsverbrechen dieser Dschihadistengruppe an Journalisten unterzeichnet. Als Reaktion auf die Morde an den US-Reportern James Foley und Steven Sotloff verurteilen führende Islam-Vertreter aus Katar, Indonesien, Frankreich, Großbritannien, den USA und Kanada die Gewalttaten des IS an Zivilisten in Syrien und dem Irak, insbesondere an einheimischen und ausländischen Journalisten. Sie verurteilen auch die Instrumentalisierung des Islam als Deckmental für die politischen Ziele des IS. „Durch seine barbarischen Taten beschmutzt der Islamische Staat nicht nur das Ansehen des Islam, sondern schadet auch den Muslimen in aller Welt“, erklären die Verbände. Außerdem fordern sie die Extremistengruppe auf, alle verschleppten Journalisten und anderen Zivilisten freizulassen.

Syrien steht auf der ROG-Rangliste der Pressefreiheit auf Platz 177, der Irak auf Platz 153 von 180 Ländern. Allein in Syrien gelten derzeit vier ausländische und vierzehn syrische Medienschaffende als entführt oder vermisst, deren Namen öffentlich bekannt sind.

Der Appell im Wortlaut:
<http://bit.ly/1uxgK05>

Schweiz: Medienkommission empfiehlt Stiftung zur Medienförderung

Die Eidgenössische Medienkommission (EMEK) empfiehlt eine Stiftung um unternehmerische Innovationen im Medienmarkt, herausragende journalistische Projekte und die angewandte Medienforschung zu fördern. In einem Bericht an Bundesrat, Parlament und Öffentlichkeit hält sie die Anforderungen fest, die jede Förderungsmassnahme im Interesse der Medienfreiheit erfüllen sollte. Zum Förderkonzept gehören nach Auffassung der Expertengruppe ein sorgfältiges Respektieren der Medienfreiheit und ein Fokus auf insbesondere demokratisch relevante Medienleistungen. Der tiefgreifende Wandel in der Branche gehe auf die Digitalisierung der Medien und auf neue und vielfältigere Gewohnheiten der Mediennutzerinnen und Mediennutzer zurück. Sicherzustellen sei ein breites, vielfältiges Informationsangebot für alle Sprach- und Kulturräume der Schweiz und für die verschiedenen politischen Ebenen. Ein gutes, breites und professionelles Angebot werde vor allem durch Agenturjournalismus erreicht. Agenturen komme eine infrastrukturelle Funktion zu. Mögliche Förderungsmassnahmen seien daher die finanzielle Unterstützung einer Nachrichtenagentur, ein Ausbau der Förderung der journalistischen Aus- und Weiterbildung und die Lancierung von Innovationsprojekten im Mediensektor. Weil dies eine staatsferne Organisation voraussetzt, schlägt die EMEK die Gründung einer Stiftung vor. Mittels dieser Stiftung könnten, unter massgeblicher Beteiligung der Branche, verschiedene Fördermassnahmen staatsfern umgesetzt werden.

Die EMEK betont in ihrem Bericht die anhaltende Bedeutung und Wichtigkeit von publizistischen Medien (Massenmedien) für die Gesellschaft und die Demokratie. Bedingt durch die Digitalisierung stellt sie einen fundamentalen Wandel fest. Dieser habe zu einer Finanzierungs Krise insbesondere für die national und regional verbreiteten Tageszeitungen, geführt. Das Geschäftsmodell der Tageszeitungen sei dauerhaft nicht mehr tragfähig. Dies beeinflusse die journalistischen Möglichkeiten. Medienentwicklung sei zwar vorrangig Sache der Medienunternehmen. Es sei aber auch die Politik gefordert. Der Transformationsprozess sollte begleitet, technische Innovationen sollten gefördert und die journalistische Kultur erhalten und weiterentwickelt werden.

Grundlage der EMEK-Empfehlungen ist die Einschätzung, dass sich die Medien in einer unumkehrbaren Transformation und Teile des Journalismus sich in einer Krise befinden, ausgelöst durch die technischen Veränderungen und die Infragestellung bestehender Geschäftsmodelle. Der Transformationsprozess betreffe alle Medien, also auch Radio und Fernsehen. Hinzu komme eine

Mehr zum Thema:

<http://tinyurl.com/p53aub6>

weitreichende Internationalisierung im Mediensektor mit dem Eintreten neuer Konkurrenten in den Schweizer Markt. Die demokratiepolitische Bedeutung der Medienvielfalt und Medienqualität seien in der kleinräumigen und vielfältigen Schweiz besonders gross. Dieser Herausforderung wird die aktuelle Presseförderung in der Schweiz nach Auffassung der EMEK nicht gerecht. Präsident der EMEK ist der Kommunikationswissenschaftler Otfried Jarren.



WDR: Freie besorgt über Sparabsichten

Die Freienversammlung im WDR hat sich Ende August besorgt über die Sparabsichten des Senders geäußert. Ihre jahrelange Erfahrung sei, dass Spardruck nach unten weiter gegeben werde und schließlich zur Kürzung ihrer Honorare und immer höherem Leistungsdruck führe, ohne dass dies ausdrücklich beschlossen werde, schreiben die freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Um dies zu verhindern, erheben sie Forderungen, die wir im Folgenden dokumentieren:

„1. Transparenz: Die hinter den Kulissen vereinbarten Sparmethoden muss die Spitze des Senders und müssen die einzelnen Abteilungsspitzen bekannt geben, damit sie hinterfragt werden können. Alle Angestellten werden ebenfalls zu Transparenz aufgefordert, die Freien dazu, das, was sie erfahren miteinander zu teilen, um Solidarität zu ermöglichen.

2. Etats: Die disponiblen Etats der einzelnen konkreten Programmvorhaben müssen so steigen, dass die jeweiligen vereinbarten Honorarerhöhungen bezahlt werden können. Das soll der Sender schriftlich zusichern, so wie es auch der RBB schon getan hat. Die Redaktionsspitzen sollen sich verpflichten, die Effektivvergütungen zu erhöhen, statt - wie bisher - das Vorgehen in ihr Belieben zu stellen. Hier appellieren wir explizit an die Solidarität der Angestellten. Bisher ist es so, dass sie 'Einfrieren' und Kürzungen schlucken und trotzdem das gleiche oder sogar mehr Programm machen. Auch rückwirkend sollen Tariferhöhungen nachvollzogen werden, wo dies noch nicht geschehen ist.

3. Einzelne Honorare: Wenn bei den Honorartöpfen im Einzelfall gespart wird, dann am Volumen der Aufträge, nicht an der Bezahlung einzelner Aufträge. Die müssen - inklusive der jeweiligen Tariferhöhung - bezahlt werden, mindestens in der Höhe wie bisher.

4. Kein 'closed shop': Wenn weniger Aufträge erteilt werden, sollen bisherige Freie Mitarbeiter dabei eine gewisse Priorität haben. Aber es soll keinen

faktischen 'closed shop' wie bei SWR, HR, BR, ZDF geben: Das ist im Übrigen auch schlecht für die Qualität des Programms. Es muss weiter möglich sein, als 'neuer Freier' zu arbeiten, obwohl es altgediente Freie gibt. Wobei der/die 'Neue' oft jemand ist, der schon lange für verschiedene Auftraggeber arbeitet und nur einzelnen Abteilungen nicht gut bekannt ist.

5. Mindesthonorare einhalten: Die Mindesthonorare des tariflichen Honorarrahmens sind zu zahlen. Darauf besteht ein Rechtsanspruch. Alle freien Mitarbeiter sollten ihre bestehenden Ansprüche mit Hilfe von Gewerkschaften und Personalrat einfordern.

6. Arbeitsverdichtung: Arbeit, die zusätzlich zu leisten ist, muss ebenfalls angemessen bezahlt werden und darf nicht mit der Höhe der bisherigen Vergütung abgegolten sein.

7. Besserer Honorarrahmen: Gewerkschaften und WDR sollen die Vergütungen für Freie so aushandeln, dass die Mindestvergütungen in jeder Sendung auf die effektiv gezahlten Vergütungen angehoben werden. Dies ist zum Beispiel möglich, indem, anders als bisher, einzelne Sendungstitel im tariflichen Honorarrahmen aufgeführt und jeweils aktualisiert werden.

8. Reisekosten und Spesen: Bezahlung gemäß der Aufwendererstattungsrichtlinie ist selbstverständlich Standard. Dazu sollten sich auch die Angestellten selbst verpflichten. Kein Angestellter käme auf die Idee, auf diesen Anspruch zu verzichten, von Freien wird es oft erwartet oder gar verlangt.

9. Abteilungen 'für Freie': Wenn bei Einrichtungen und Abteilungen des WDR gespart werden soll, die in besonderem Maße für die freien Mitarbeiterinnen wichtig sind, müssen deren Interessen berücksichtigt werden. Bisher haben wir nicht den Eindruck, dass dies geschieht. Wenn der Sender beispielsweise in der Abteilung Dokumentation und Archive rationalisiert und die Bibliothek weitgehend stilllegt, betrifft dies vor allem freie Mitarbeiter, die die Services der dort arbeitenden Kollegen in besonderem Maße benötigen. Dasselbe gilt für die dringend erforderliche Möglichkeit, auch unabhängig von Redaktionsarbeitsplätzen Sicht-, Arbeits- und Rechercheplätze zu nutzen und mit Hilfe des WDR-IT-Netzwerkes zu recherchieren. Auch die Abteilung 'Verträge Freie Mitarbeiter' muss fachlich und personell gut genug ausgestattet sein, damit die Angestellten dort auch eine individuelle Fragen beantworten können."

Konflikt um Ukraine-Berichterstattung

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten müssen sich zur Zeit mit Kritik an ihrer Berichterstattung im Ukraine-Konflikt auseinandersetzen. Der Programmbeirat der ARD monierte in einem von dem Branchendienst Telepolis in Auszügen bekannt gemachten Papier, die Berichterstattung in zahlreichen Medien „folgte anscheinend einem gewissen Mainstream, dem sich auch Das Erste anschloss.“ Das Gremium hatte sich nach Zuschauerbeschwerden mit zehn „Brennpunkt“-Sendungen sowie einigen Talkshows und rund drei Viertel der mehr als 40 Beiträge zum Thema in politischen Magazinen befasst, wie es in dem Papier heißt. Man sei zu dem Schluss gekommen, dass die Berichterstattung im Ersten über die Krise in der Ukraine teilweise den Eindruck der Voreingenommenheit erweckt hat und tendenziell gegen Russland und die russischen Positionen gerichtet war. Allerdings sei mit Fortschreiten der Krise jedoch eine Änderung in der Farbe der Berichterstattung des Ersten zu registrieren: „Sie erschien – vielleicht in Reaktion auf die Zuschauerkritik – etwas objektiver.“

Im „Tagesschau“-Blog äußerte sich inzwischen Chefredakteur Kai Gniffke zu den Vorwürfen. 30 Redakteurinnen und Redakteure hätten sich zusammengesetzt, um die Kritik von Nutzern, Zuschauern und Aufsichtsgremien zu diskutieren. Man nehme die Kritik sehr ernst: „Wir widersprechen aber ganz energisch den Vorwürfen einer gezielten Desinformation oder beabsichtigten Manipulation von Informationen. Wir haben stets nach bestem Wissen und Gewissen sowie sorgfältiger Recherche berichtet. Es gibt keinen Grund, sich für Fehler zu entschuldigen oder in der Berichterstattung nun gar gegenzusteuern.“ Es habe aber auch sehr viel Selbstkritisches gegeben. „Mit dem Wissen von heute hätten wir manchen Akzent anders gesetzt und manche Formulierung anders gewählt... Möglicherweise sind wir zu leicht dem Nachrichten-Mainstream gefolgt.“ Ausdrücklich habe man in der Diskussion die Korrespondentinnen und Korrespondenten vor Kritik in Schutz genommen: „Sie haben unter physisch und psychisch äußerst strapaziösen Bedingungen hervorragende Arbeit geleistet und zu jeder Zeit gewissenhaft recherchiert.“

Das ZDF hat sich nach Kritik des Fernsehratsmitglieds Gesine Löttsch gegen Berichte gewehrt, es habe diese nicht ernst genommen. Löttsch hatte sich laut Handelsblatt darüber beschwert, ihre Kritik sei von Chefredakteur Peter Frey nicht ernst genommen worden. Die Zeitung schrieb daraufhin von einem „Eklat“ im Gremium. In einer Pressemitteilung wiesen der Fernsehratsvorsitzende Ruprecht Polenz und die Mitglieder des Programmausschusses Chefredaktion Christine Bergmann und Franz Josef Jung diese Darstellung zurück. „Von einem

Mehr zum Thema:

<http://blog.tagesschau.de>

ZDF-PM:

<http://tinyurl.com/lhqrpw6>

Pressesprecher des DGB Berlin-Brandenburg und Mitglied im Rundfunkrat des rbb Dieter Pienkny im medienmagazin des rbb:

<http://bit.ly/1noELai>

'Eklat im Fernsehrat' kann wirklich nicht die Rede sein. Nach der Beratung im Programmausschuss Chefredaktion, in der die Ukraine-Berichterstattung des ZDF positiv gewürdigt wurde, gab es im Plenum mit Frau Dr. Löttsch eine einzige kritische Stimme. Ansonsten bestand im Fernsehrat Einmütigkeit, dass das ZDF seine Aufgabe, objektiv zu berichten und zu informieren, ausgezeichnet erfüllt hat", erklärte Polenz. Das ZDF habe engagiert und objektiv aus der Ukraine berichtet, ergänzte Jung. Bergmann sagte: „Es hat im Programmausschuss Chefredaktion eine lange und intensive Beratung mit den Korrespondenten über ihre Berichterstattung von vor Ort sowie eine Diskussion dazu stattgefunden. Die Arbeit der Journalisten des ZDF unter schwierigen Bedingungen, eine objektive Berichterstattung für die Zuschauerinnen und Zuschauer zu gewährleisten, ist von den Ausschussmitgliedern gewürdigt worden. Die Kritik der einseitigen Berichterstattung ist im Ausschuss nicht geäußert worden. Ich persönlich kann sie auch nicht teilen.“



ZDF: Personalrat kritisiert Personalabbau – Jugendangebot gefährdet

Der Personalrat des ZDF hat den geplanten massiven Personalabbau im Sender kritisiert und vor diesem Hintergrund die Beteiligung des ZDF am gemeinsamen Jugendkanal mit der ARD in Frage gestellt. Bis 2020 sollen 562 Vollzeitstellen abgebaut werden. Das hatte ZDF-Intendant Thomas Bellut mit Verweis auf die Auflagen der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) Mitte September im Fernsehrat erläutert. In einem Flugblatt unter der Überschrift „Geht's noch?!“ schreibt der Vorsitzende des Personalrats Andreas Wolf dies seien „noch tiefere Einschnitte, um die KEF-Auflagen zu erfüllen, obwohl die Schmerzgrenze in vielen Bereichen längst überschritten ist“. Ursprünglich war von 400 Stellen bis 2016 gesprochen worden. Gleichzeitig solle das ZDF gemeinsam mit der ARD ein neues, trimediales Jugendprogramm „aus dem Boden stampfen“. Der Personalrat lehne die Übernahme zusätzlicher Aufgaben bei gleichzeitigem massiven Stellenabbau strikt ab. Die ZDFler seien schon jetzt am Anschlag. „Mehr geht nicht, mehr geht mit uns nicht!“, heißt es in dem Flugblatt.

ZDF-Intendant Thomas Bellut hatte vor dem Fernsehrat bekräftigt: „Das ZDF kann sich an einem trimedialen Jugendangebot mit der ARD nur beteiligen, wenn

die KEF den dafür notwendigen Personalbedarf anerkennt.“ Seit Beginn der Personaleinsparungen seien umgerechnet bereits rund 350 Vollzeitstellen bei freien und festen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weggefallen, erläuterte Bellut. Am 16. Oktober wollen die Ministerpräsidenten über das Jugendangebot von ARD und ZDF entscheiden. Laut Bellut zeichnet sich nach den bisherigen Planungen im ZDF dafür ein Personalbedarf von mindestens 30 Vollzeitstellen für das Projekt ab. Schon durch die bisherigen Kürzungen komme es etwa bei der aktuellen Berichterstattung punktuell zu spürbaren Engpässen. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sei kaum zu vermitteln, dass im ZDF zusätzlich Stellen eingespart werden müssten, um das neue Jugendangebot auf die Beine zu stellen. Falls die Ministerpräsidenten grünes Licht für das Jugendangebot geben, werde er mit seiner Bitte an die KEF herantreten, sagte Bellut: „Ich habe von Anfang an deutlich gemacht, dass sich das ZDF nur dann an dem Projekt eines trimedialen Jugendangebots beteiligen kann, wenn die KEF den dafür erforderlichen Personalaufwand anerkennt.“

ZDF-Fernsehrat tagt künftig öffentlich

Der ZDF-Fernsehrat wird mit seinem Plenum ab 2015 grundsätzlich öffentlich tagen. Die Ausschüsse des Fernsehrates werden weiter grundsätzlich nicht öffentlich tagen. Das beschloss das Gremium in seiner Sitzung Mitte September. Zwingend vertraulich zu behandelnde Themen werden weiter nicht-öffentlich beraten. Deshalb werden die Plenarsitzungen auch einen nicht-öffentlichen Teil haben, teilte der Fernsehrat mit. Er setzt außerdem eine „Arbeitsgruppe Transparenz“ ein, die in einem fortlaufenden Prozess dem Erweiterten Präsidium weitergehende Transparenzmaßnahmen vorschlagen soll. Auf dieser Grundlage werde das Erweiterte Präsidium dem Plenum einen Beschlussvorschlag, insbesondere mit Blick auf dann notwendige Veränderungen der Geschäftsordnung des Fernsehrates, vorlegen. Alle Fernsehratsmitglieder wurden aufgefordert, ihre Überlegungen zur Transparenz der Arbeitsgruppe zuzuleiten.

fernsehrat.zdf.de



Ver.di zu DuMont: Schlüssige Konzepte statt Kahlschlag

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di kritisiert das sogenannte Zukunftsprogramm „Perspektive Wachstum“, das den Beschäftigten der Mediengruppe DuMont Schauberg (MDS) Ende September angekündigt wurde. Unter dem Stichwort „Digitale Transformation“ plant MDS dabei offensichtlich erheblichen Personalabbau. Die Geschäftsleitung von DuMont sei offensichtlich nicht in der Lage ein Konzept vorzulegen, das tatsächlich in die Zukunft weist. „Statt sich darauf zu konzentrieren, wie man die Umsätze steigern kann, sollen sinkende Auflagen und der Rückgang im Anzeigengeschäft offenbar überwiegend über Personalabbau kompensiert werden“, sagte der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke. „Das wird nicht funktionieren. Immer weniger Redakteure und Beschäftigte in den Servicebereichen sollen im digitalen Zeitalter immer mehr leisten. So kann man weder journalistische Qualität noch Lesernähe halten und gräbt sich letztlich selbst das Wasser ab.“ Werneke kritisierte, dass derzeit keine überzeugende Strategie vorliege. „Wir sehen einen Schlingerkurs zulasten der Beschäftigten, die nicht erkennen können, wohin die Reise gehen soll, geschweige denn daran ausreichend beteiligt werden. Dabei ist völlig klar, dass solch ein Umbau nur gelingen kann, wenn sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ihrer jahrelangen Erfahrung und großen Kompetenz darin einbringen können.“ Mehr Qualitätsjournalismus sei auch im Digitalen nicht mit immer weniger Beschäftigten zu erreichen. Werneke betonte, der angekündigte Stellenabbau müsse unter allen Umständen sozialverträglich und unter Beteiligung der jeweiligen Arbeitnehmervertretungen stattfinden. Die geplante Bündelung einzelner Unternehmensteile wie der Druckereien in eigenen Gesellschaften dürfe keinesfalls zum Ausstieg aus der Tarifbindung führen.

Unterdessen kritisierte Martin Dieckmann, ver.di-Fachbereichsleiter in Hamburg die Entlassungspläne bei der Hamburger Morgenpost, die ebenfalls zu DuMont Schauberg gehört. Eine „glatte Provokation“ nannte er die offenbar geplante Kündigung von Betriebsratsmitgliedern, darunter des Betriebsratsvorsitzenden: „Wer so vorgeht, will die Konfrontation.“ ver.di werde mit allen Kräften den Widerstand gegen das Kürzungs- und Kündigungsprogramm unterstützen und organisieren.

Nürnberger Nachrichten: Flucht vor sozialer Verantwortung

Die Nürnberger Verlegerfamilie Schnell plant, die zukunftssträchtigen Onlinebereiche aus dem eigentlichen Verlag der Nürnberger Nachrichten und Nürnberger Zeitung auszugliedern. Damit würden die Beschäftigten den Schutz der Tarifverträge verlieren. „Das wäre Flucht aus sozialer Verantwortung, die das Nürnberger Verlagshaus bisher stets vorbildlich wahrgenommen hat“, kritisierte der stellvertretende Landesfachbereichsleiter der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di Karl-Heinz Kaschel-Arnold. „ver.di erwartet von der Verlegerfamilie, die Beschäftigten im wichtigen Onlinebereich als integrierten Teil des Verlages mit allen Rechten zu beschäftigen. Kolleginnen und Kollegen aus Print und Online müssten künftig noch enger publizistisch verzahnt arbeiten. Gerade die Onlineangebote müssen hohen journalistischen Ansprüchen genügen, um sich im Wettbewerb abzuheben“, so Kaschel-Arnold. Es sei völlig widersinnig zu sagen, dass nur das wachsende Onlinegeschäft die Zukunft der Zeitungen sichert und dann die dort Beschäftigten in eine zweitklassige Gesellschaft mit geringerem Einkommen auszugliedern.

Die Verlage Nürnberger Nachrichten und Nürnberger Zeitung planen, alle Mitarbeiter für die Internetangebote bei der Firma Nordbayern Infonet zu beschäftigen. Etwa sieben Beschäftigte sollen aus der Zeitungsredaktion in diese Firma wechseln. Über 20 neue Arbeitsplätze bei Nordbayern Infonet sollen ohne die Anwendung der Branchentarifverträge hinzukommen. Dort sollen die Tarifverträge für Zeitungen nicht gelten, die Mitarbeiter also weniger verdienen. Die Redakteurinnen und Redakteure der beiden Zeitungstitel sollen verpflichtet werden, ihre Texte und Bilder für das online-Angebot zur Verfügung zu stellen. Ob freie Journalistinnen und Journalisten für diese Syndikation von journalistischen Beiträgen zusätzlich entlohnt werden, ist fraglich.

Echo: Belegschaft soll halbiert werden

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di ist schockiert vom Umfang der geplanten Entlassungen bei der Echo Medien GmbH in Darmstadt („Darmstädter Echo“). Knapp die Hälfte der rund 400 Beschäftigten in Verlag und Redaktion soll gehen. „Brutaler geht es nicht. Die Sanierung erfolgt einseitig auf Kosten der Belegschaft“, sagte Manfred Moos vom ver.di-Fachbereich Medien zu den Ende September bekannt gewordenen Plänen. ver.di erinnert daran, dass bereits vor vier Jahren bei der Schließung der Echo-Druckerei in Darmstadt 130 qualifizierte Arbeitsplätze vernichtet wurden. Die Gewerkschaft kritisiert, dass auch das neue

Sanierungskonzept die Kostensenkung durch Personalabbau einseitig in den Mittelpunkt stelle. Es gebe kaum Hinweise, die auf eine Verbesserung der Einnahmeseite zielten. Immerhin habe man offenbar erkannt, dass der Markt der Kleinanzeigen in Südhessen zu großen Teilen seit Jahren an den Echo-Zeitungen vorbeigehe. „Dies hätte die Verlagsleitung allerdings schon längst angehen müssen. Andere Verlage sind da viel weiter“, kritisiert Moos. Auch zur dringend gebotenen Digitalstrategie des Hauses sei im Sanierungskonzept offenbar wenig zu hören.

Die mit den Entlassungen verbundene Auslagerung von Kernaufgaben des Verlags an externe Dienstleister von der IT bis zur Anzeigenannahme bringe die Gefahr mit sich, dass dem Verlag auch noch wertvolles Know-How verloren gehe. Als gravierenden Einschnitt sieht ver.di auch den Verzicht auf einen selbst produzierten Mantelteil. „Bisher tragen die Echo-Zeitungen stolz den Untertitel einer Unabhängigen Politischen Tageszeitung für Südhessen“, sagt Manfred Moos. Bei einem Zukauf von redaktionellen Inhalten stehe diese Aussage wohl in Frage. Es werde nun Aufgabe von Betriebsrat und Gewerkschaft sein, in den Verhandlungen über einen Interessenausgleich den Sanierungsplan einer kritischen Prüfung zu unterziehen und einen Sozialplan auszuhandeln.

Springer und Politico entwickeln europäisches Medienangebot

Der Verlag Axel Springer und das amerikanische Unternehmen Politico wollen gemeinsam eine europäische Ausgabe von des digitalen Formats Politico entwickeln. Das neue Medienangebot soll fundierte Berichterstattung über europäische Politik bieten, heißt es in einer Mitteilung. Beide Partner haben eine Vereinbarung für ein 50/50 Joint Venture unterzeichnet. Das neue Medienunternehmen wird seinen Sitz in Brüssel haben. Politico ist eine überparteiliche politische Nachrichtenorganisation mit Sitz in Washington D.C. Sie wurde 2007 gegründet. Sie berichtet über das Weiße Haus, den US-amerikanischen Kongress und Politik in den USA. POLITICO veröffentlicht Nachrichten über seine digitalen Angebote, die sieben Millionen Unique Visitors im Monat erreichen.



79 Prozent der Deutschen sind online

Die Internetnutzung steigt weiter: 55,6 Millionen Deutsche ab 14 Jahre und damit 1,4 Millionen mehr als 2013 sind online. Jeder zweite Onliner greift inzwischen auch unterwegs auf Netzinhalte zu. Treiber der mobilen Nutzung sind mobile Endgeräte und die steigende Nachfrage nach Fernsehinhalten im Netz. Dies sind die zentralen Ergebnisse der ARD/ZDF-Onlinestudie 2014. 79,1 Prozent der Erwachsenen in Deutschland (2013: 77,2 Prozent) sind online. Dies entspricht 55,6 Millionen Personen ab 14 Jahren (2013: 54,2 Millionen). Die höchsten Zuwachsraten gehen weiterhin von den Über-60-Jährigen aus, von denen inzwischen fast jede/r Zweite das Internet nutzt (45 Prozent). Bei den 60- bis 69-Jährigen stieg der Anteil der Onlinerinnen und Onliner binnen Jahresfrist von 59 Prozent auf 65 Prozent.

Durchschnittlich ist ein Internetnutzer in Deutschland an 5,9 Tagen wöchentlich online und verbringt täglich 166 Minuten im Netz. Zur Einwahl ins Netz stehen jedem im Schnitt 2,8 Endgeräte zur Verfügung. Beliebtester Zugangsweg ist 2014 erstmals der Laptop (69 Prozent) vor Smartphone und Handy (60 Prozent) und dem stationären PC (59 Prozent). Wachstumstreiber für die mobile Nutzung sind vor allem die Tablet-PCs: Der Anteil der Onliner, die über Tablets Internetinhalte abrufen, stieg von 16 Prozent (2013) auf 28 Prozent. Mit der zunehmenden Verbreitung mobiler Endgeräte hat sich die Unterwegs-Nutzung in den vergangenen zwei Jahren mehr als verdoppelt: Lag der Anteil derjenigen, die unterwegs Netzinhalte abrufen, 2012 noch bei 23 Prozent, stieg er 2013 auf 41 Prozent und liegt aktuell bei 50 Prozent. Dabei sind Personen, die mobile Endgeräte wie Smartphone oder Tablets nutzen, mit 6,3 Tagen wöchentlich deutlich häufiger und länger (195 Minuten) im Netz als Personen, die keine mobilen Geräte nutzen (5,1 Tage wöchentlich; 108 Minuten).

Video- und hier vor allem Fernsehinhalte im Netz werden immer beliebter. Die Nutzung der Mediatheken der Fernsehsender stieg von 28 Prozent (2013) auf 32 Prozent (2014). 35 Prozent der Onliner schauen sich Fernsehsendungen im Netz zeitversetzt, 25 Prozent live an. Besonders attraktiv sind das zeitversetzte Fernsehen (53 Prozent) und die Mediatheken der Sender (42 Prozent) bei den 14- bis 29-Jährigen. Bereits heute macht der Fernsehkonsum über das Internet rund acht Minuten der gesamten TV-Nutzung (248 Minuten) aus, das sind drei Prozent des täglichen Fernsehkonsums. 2013 waren es fünf Minuten bei einem Anteil von zwei Prozent.

Die Ergebnisse der ARD/ZDF-Onlinestudie 2014, für die im März und April dieses Jahres bundesweit repräsentativ 1814 Erwachsene in Deutschland befragt wurden, sind in der Fachzeitschrift „Media Perspektiven“ (Heft 7-8/2014) dokumentiert und abrufbar unter www.ard-zdf-onlinestudie.de

YouTube-Nutzer: In Deutschland eher Erwachsene

Die deutschen YouTube-Nutzer sind nicht überwiegend Jugendliche. Dies hat die eine Studie ergeben, die das Marktforschungsinstitut IPSOS für den Youtube-Betreiber Google durchgeführt hat. Nur 15 Prozent der YouTube-Nutzerinnen und -Nutzer sind demnach unter 18 Jahre alt, mehr als die Hälfte ist 35 Jahre und älter. Mehr Männer (57 Prozent) als Frauen nutzen das Videopotential. Zudem verfügen 65 Prozent über ein mittleres bis hohes Einkommen, besagt die repräsentative Studie. 84 Prozent der Nutzer sind täglich online, 61 Prozent via Smartphone. Sind sie mal nicht online, fühlen sie sich von einem wichtigen Teil des gesellschaftlichen Lebens abgeschnitten (2,7-mal eher als diejenigen, die nicht YouTube nutzen). Nahezu die Hälfte teilt Weblinks, 40 Prozent teilen Videoinhalte. Am beliebtesten bei den Nutzerinnen und Nutzern sind unterhaltende Videos. An zweiter Stelle stehen Do-it-yourself-Videos: Von Kochrezepten über Bau- und Strickanleitungen bis hin zu Styling-Tipps. Über die YouTube Global Audience Study:

IPSOS MediaCT befragte im Auftrag von Google YouTube-Nutzer und Nicht-Nutzer in 29 Märkten. In Deutschland wurden 1.509 Personen (1.016 YouTube-Nutzer/493 Nicht-Nutzer) befragt. Infografik: <http://bit.ly/W1N7rb>

FES: Erstmals Preis für Wirtschaftspublizistik

Die Hans- und Traute-Matthöfer-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung schreibt erstmals den Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik aus. Mit ihm sollen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlerinnen geehrt werden, die jenseits der volkswirtschaftlichen Standardtheorie oder des makroökonomischen Mainstreams neue Antworten auf die großen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen suchen, heißt es im Ausschreibungstext. Das Preisgeld beträgt 10.000 Euro, Einsendeschluss ist der 31. Oktober 2014.

Mehr Infos
<http://tinyurl.com/korlkrf>

Medienlinks

Privacy Captcha hilft beim sicheren Versenden von Daten

Der Verein Digitalcourage bietet zur sicheren Versendung von Inhalten einen neuen Service auch für Privatpersonen. „Privacy Captcha“ heißt das und funktioniert laut den Anbietern so: „Die automatisierte Datenverarbeitung und das damit einhergehende Extrahieren von Informationen basiert darauf, dass Daten einfach auszulesen sind. Sprich: Die Daten sind einfache Texte, die von

Mehr dazu:
<http://tinyurl.com/ox48qk8>

Algorithmen gelesen und verarbeitet werden können. Schon das Codieren von Texten in Bilder macht es für Algorithmen deutlich schwieriger, den Textinhalt zurückzugewinnen - aber nicht unmöglich. Deswegen geht Privacy Captcha noch einen Schritt weiter: Es verzerrt den im Bild codierten Text so weit, dass selbst aktuelle Texterkennungssoftware Schwierigkeiten hat, den Text zu interpretieren. Während ein Mensch den Textinhalt weiterhin relativ einfach lesen kann, sind Algorithmen dazu in der Regel nicht in der Lage oder benötigen zumindest einen äußerst hohen Rechenaufwand. Folglich kann Privacy Captcha zwar keinen unknackbaren Schutz geben, wie es etwa eine Ende-zu-Ende Verschlüsselung vermag, ist dafür aber über beinahe jeden Kommunikationskanal nutzbar.“ Wann immer ein Internetdienstleister daran gehindert werden soll Daten automatisiert zu verarbeiten, kann man sie als Privacy Captcha versenden. Eine andere Anwendungsmöglichkeit: Private Daten nicht mehr klar lesbar und maschinell auswertbar auf die eigene Homepage stellen, sondern mittels Privacy Captcha als Bild einbinden.

Veranstaltungen

Partizipativer Journalismus – Nutzerdialog neu denken LfM-Fachtagung

16. Oktober 2014
10.30 bis 14.30 Uhr
Bundespressekonferenz Berlin

Die Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM) stellt im Rahmen der Veranstaltung „Partizipativer Journalismus – Nutzerdialog neu denken“ zwei Studien vor – verfasst von Prof. Dr. Volker Lilienthal, Prof. Dr. Stephan Weichert (beide Hamburg) u. a. sowie Prof. Dr. Christoph Neuberger u. a. (LMU München) – , die sich intensiv mit der Digitalisierung des Journalismus und insbesondere mit dem damit verbundenen Prozess der wachsenden Partizipationsmöglichkeiten auseinandergesetzt haben. Die LfM möchte mit der Veranstaltung zu einem Dialog zwischen Wissenschaft und journalistischer Praxis einladen, um gemeinsam mit relevanten Akteuren neue Strategien für die Beziehung zwischen dem Journalismus und seinem Publikum zu diskutieren.

Mehr Infos:
<http://tinyurl.com/laz2v44>

**Journalismus in vernetzten Zeiten: Alle hören mit – wen interessiert's?
Medienpolitische Tagung von ver.di**

17. bis 19. Oktober 2014

Der erst durch die investigative Arbeit internationaler Medien aufgedeckte NSA-Skandal hat ein ungeahntes Ausmaß an staatlicher Datensammelerei offenbart. Die Kommentare in der Presse hatten einen einhellig empörten Tenor, während die öffentliche Gegenwehr eher verhalten blieb angesichts der Dimension der Datenerfassung. Und auch die großen Digitalkonzerne wie Google, Facebook und Apple bestimmen und speichern unser Leben Schritt für Schritt – mit unserem Wissen und stillen Einverständnis.

Was bedeutet das für zeitgemäßen Journalismus? Wie verändert sich unser Arbeiten angesichts der Datenkraken, die uns fest im Griff haben? Wie schützen wir unsere Daten und Quellen? In diese und andere Fragen bietet die Tagung, die sich in erster Linie an Journalistinnen und Journalisten richtet, Einblick. In Vorträgen und Workshops sollen Zusammenhänge und Lösungen gemeinsam erörtert werden.

**Mitbestimmung und Transparenz im öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Medienpolitische Tagung von ver.di**

28./29. Oktober 2014

NDR-Konferenzzentrum
22529 Hamburg
Hugh-Green-Weg 1

Die Tagung richtet sich sowohl an gewerkschaftliche Mitglieder in Rundfunkgremien als auch an sonstige medienpolitisch Interessierte. Expertinnen und Praktiker diskutieren über die Anforderungen an die Transparenz und Mitbestimmung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Unter anderem sprechen Georg Mascolo und Jacob Augstein über Kooperationen von Qualitätsmedien, Thomas Roth stellt die Ukraine-Berichterstattung der ARD vor und Marc Jan

Mehr Infos:

<http://tinyurl.com/km953wv>

Das gesamte Programm:

<http://tinyurl.com/qc4qqvd>

Anmeldung per Mail an:

stephan.kolbe@ver.di.de

Eumann berichtet zum Stand der Beratungen zum neuen ZDF-Staatsvertrag. Außerdem: Wie informieren die Gremien über ihre Arbeit und welche Chancen bietet ihnen eine gute Informationspolitik?

Medienpolitische Tagung der Otto-Brenner-Stiftung Preisverleihung

28. Oktober 2014
14.00 bis 19.30 Uhr

Pullman Berlin Schweizerhof
Budapester Str. 25
10787 Berlin

Zum 10. Mal verleiht die Otto-Brenner-Stiftung (obs) ihre Preise für kritischen Journalismus. Auch in diesem Jahr verbindet sie damit eine medienpolitische Diskussion. Im Mittelpunkt stehen die TV-Politik-Magazine. Im Frühjahr 2015 erscheint zu diesem Thema eine groß angelegte Studie der obs, die der Frage nachgeht, wie politisch die Politik-Magazine (noch) sind. Zum Auftakt diskutieren ehemalige Magazin-Journalistinnen und -Journalisten mit Programm-Verantwortlichen von heute. Es soll über Themenauswahl und journalistische Leistungen gestritten und konstruktive Anregungen für künftigen kritischen politischen Magazin-Journalismus sollen gegeben werden. Diskutierende sind: Monika Wagener (Monitor), Astrid Frohloff (Kontraste), Peter Merseburger (ehem. Panorama) und Claus Richter (ehem. Frontal 21).

www.otto-brenner-stiftung.de

Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand,
Referat Medien- und
Kulturpolitik,
Henriette-Herz-Platz 2,
10178 Berlin

Redaktion:
Dr. Sabine Nehls

Tel: 0172-72 515 98
sabine.nehls@dgb.de

Der DGB-medien-newsletter
kann abonniert werden über:
www.dgb.de/service/newsletter